



Ingo Ostwald

Adresse Dresdener Straße 30
55218 Ingelheim

Telefon 06132-712845 oder 0177-8607873

Mail mail@ingo-ostwald.de


Homepage www.ingo-ostwald.de



Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



Wilhelmstraße 141






10963 Berlin

Austritt aus der SPD

Ingelheim, den 02.09.2014

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit erkläre ich, Ingo Ostwald (Mitgliedsnummer , Ortsverein Ingelheim, Unterbezirk Mainz-Bingen, Landesverband Rheinland-Pfalz), mit sofortiger Wirkung meinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschland (SPD) – und damit verbunden auch meinen sofortigen Rücktritt von meinem Amt als Beisitzer im Vorstand des Ortsvereins Ingelheim und von eventuellen Delegierten- oder Ersatzdelegiertenlisten, auf denen ich noch geführt bin. Mit diesem Schreiben verliert auch die erteilte Einzugsermächtigung für mein Konto   ihre Gültigkeit.


Ich habe mir diesem Schritt nicht leicht gemacht, sondern im Laufe der letzten Monate reiflich überlegt. Leider musste ich immer wieder zu dem Schluss kommen, dass ich mich immer häufiger nicht mehr von der SPD repräsentiert fühle und – viel schlimmer noch – dass ich zunehmend Zweifel daran habe, dass die Partei noch ihren sozialdemokratischen Grundsätzen treu ist.

Das entscheidende Thema, das ich nicht mehr mittragen kann, sind die gestern, am Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs, mit den Stimmen der SPD vom Bundestag beschlossenen **Waffenlieferungen** in ein Kriegsgebiet. Das widerspricht den politischen Grundsätzen, zu der sich die Bundesregierung selbst verpflichtet hat, da diese nur mit UN-Mandat solche Lieferungen zulassen. Obwohl der UN-Sicherheitsrat mehrfach tagte, wurde ein solches Mandat nicht einmal beantragt. Mit dem Fehlen einer solchen völkerrechtlichen Grundlage schließt sich für mich jede Waffenlieferung aus.

Noch eklatanter widersprechen die Lieferungen dem Grundsatzprogramm der SPD, welches „das Verbot, Waffen in Konfliktregionen zu liefern“¹ betont. Im Programm zur Bundestagswahl 2013 hatte die SPD zudem auch eine wirksame Kontrolle des Verbleibs der Waffen gefordert.² Während diese Regeln im Ukraine-Konflikt noch galten und Russland nicht beliefert wurde, scheinen

¹ www.wahlprogramme-vergleichen.unklarheiten.de/?p=vergleich&action=quellen&thema=Waffen&programm=

² vgl. www.wahlprogramme-vergleichen.unklarheiten.de/?p=vergleich&action=quellen&thema=Waffen&programm=Bundestagswahl_2013



sie im Kampf gegen die IS nicht mehr zu gelten – und das obwohl dort kurdische Milizen unterstützt werden, die ihrerseits teilweise die PKK stützen, die in Deutschland zurecht verboten ist, und obwohl es im Irak keinerlei handlungsfähige Regierung gibt, die um Waffenlieferungen gebeten hat oder gar eine Kontrolle des Waffenverbleibs gewährleisten könnte.

Die SPD hat in der ganzen Diskussion nicht gut ausgesehen. Es hätte lautstarken Protest gegen das Argument aus den Unionsparteien, dass auch Arbeitsplätze gesichert werden müssen, geben müssen. Vor allem aber hätte von Beginn an eine echte Diskussion stattfinden müssen. Diese fand nicht nur im Bundestag, sondern auch in der SPD-Fraktion offenbar erst nach dem Beschluss der Regierung statt.³

Als überzeugter Pazifist, der nicht einmal auf Rummelplätzen ein Gewehr in die Hand nimmt, der sich über Schröders Nein zum Irak-Krieg gefreut hatte und der dies als Juso-Vorsitzender in Ingelheim mit einer groß angelegten Unterschriftenaktion gegen eben diesen⁴ flankiert hatte, kann ich nicht verstehen, dass nun mit neuen Waffen weiter Öl ins Feuer gegossen wird – denn dies ist genau der Fall, wenn eine wirksame Kontrolle ihres Verbleibs nicht sichergestellt werden kann. Die Geschichte lehrt uns dies: Die ISIS-Milizen konnten im Sommer im Nordirak nur deshalb so viele Waffen aller Art kampfflos erbeuten und übermächtig militärisch stark werden, weil US-Truppen diese Waffen bei ihrem Abzug aus dem Irak unkontrolliert zurückgelassen hatten.⁵


Wie anfangs erwähnt ist mein Parteiaustritt das Ergebnis eines monatelangen Kampfs mit mir selbst. Ich bin mir durchaus der historischen Bedeutung der Sozialdemokratie bewusst und fühle mich ihren Grundsätzen nach wie vor sehr verbunden. Leider sehe ich sie aber in der Großen Koalition nicht oder nicht in ausreichendem Umfang umgesetzt. Es war auch nicht anders zu erwarten, weshalb ich in der Mitgliederbefragung zur Koalition auch mit einem entschiedenen Nein gestimmt hatte. Auch hier sah die SPD-Führung mit ihrem peinlichen Versuch der Einflussnahme, nämlich der gemeinsamen Verschickung einer Werbeflyers mit den Abstimmungsunterlagen, ganz schlecht aus. Bei richtigen Wahlen ist eine solche Einflussnahme zu Recht verboten. Meine inhaltliche Kritik an der Politik der SPD in der großen Koalition bezieht sich (leider) auf viele Bereiche, für die SPD-Minister zuständig sind:

- Die **Energiewende** weg von der Atomenergie ist der richtige Schritt. Die tatsächliche Ausgestaltung der Energiewende führte jedoch bisher zu einem Rückschritt in Richtung fossile Brennstoffe. Dass die Förderung für erneuerbare Energien sogar zurückgefahren wird, lässt lobenswerte private Initiativen im Keim ersticken. Natürlich ist diese Förderung kurzfristig teuer, langfristig sind Atomstrom aufgrund des entstehenden Atom Mülls und die Verwendung fossiler Brennstoffe aufgrund ihrer Klimabilanz aber um ein Vielfa-

³ siehe Facebook-Post von Marcus Held (MdB) vom 01.09.2014

⁴ siehe www.kriegsgegner.net

⁵ vgl. Facebook-Post von Hans-Christian-Ströbele (MdB) vom 01.09.2014




ches teurer. Richtig toll ins Bild passt da eine gemeinsame Veranstaltung der SPD Openheim mit der Heizölindustrie im Bundestagswahlkampf.

- Auch der **Mindestlohn** ist im Ansatz richtig, in der Durchführung aber wirkungslos, weil es zu viele Ausnahmen gibt, die genau diejenigen ausschließen, die den Mindestlohn am nötigsten brauchen. Er müsste zudem flankiert werden von einem Verbot von ausbeuterischer **Zeitarbeit**, die nichts weiter ist als moderne Sklaverei.
- Bei der **Diätenerhöhung** zögerte dagegen nur der Bundespräsident. Ohne Frage arbeiten Abgeordnete sehr viel und bekommen sehr viel weniger Geld dafür als Spitzenmanager in der Wirtschaft. Viele andere Menschen, sogar der überwiegende Teil gerade der abhängig Beschäftigten arbeiten aber ebenso viel für sehr viel weniger Lohn. Solange es nicht mal einen ehrlichen Mindestlohn gibt, passt eine Diätenerhöhung nicht ins Bild.
- Ebenso richtig wie der Mindestlohn ist die Idee, die **Rente** an die Lebensarbeitszeit zu koppeln und nicht allein an das Alter. Die Rentenpläne unsere Ministerin entbehren aber jeder Finanzierung und sind deshalb nicht seriös.
- Weitergehende Forderungen im Sozialbereich etwa nach einer **Bürgerversicherung**⁶ oder Krankenkasse für alle oder einem bedingungslosen Grundeinkommen fehlen in der SPD inzwischen gänzlich oder sind als Opfer des Koalitionsfriedens unter den Tisch gefallen – ebenso wie der im Wahlkampf noch laute Protest gegen das **Betreuungsgeld**, das ich als Pädagoge für einen riesigen Schritt in die völlig falsche Richtung halte.
- Bei der Europawahl habe ich die SPD nicht gewählt, weil ein großer Teil der SPD-Abgeordneten bereits den Weg für das **Freihandelsabkommen** TTIP geebnet haben, dass die hohen europäischen und oft noch höheren deutschen Umwelt- und Verbraucherschutz-Standards aufweichen und Investor-Staat-Klagen ermöglichen wird. Nicht nur von den SPD-Abgeordneten, sondern vor allem auch vom Minister für **Verbraucherschutz** hätte ich hier deutlich Protest und Ablehnung erwartet.

Bei Bundesthemen, die in Zuständigkeitsbereiche der Union fallen, fehlt mir teilweise das Verständnis für das Verhalten der SPD. So kann ich z.B. die generelle Ablehnung der **Maut** nicht nachvollziehen. Zwar möchte auch ich die Autofahrer nicht zusätzlich belasten, Modelle, die einen Teil der Kfz-Steuer durch eine Maut ersetzen, halte ich aber für sinnvoll. Deutschland ist mit seiner geographischen Lage ein Transitland, weshalb unsere Straßen und insb. die Autobahnen tatsächlich voll sind mit Fahrzeugen aus dem Ausland, die keinen Beitrag zur Instandhaltung unserer Straßen leisten, bei denen wir aber sehr wohl zahlen müssen.

⁶ vgl. www.wahlprogramme-vergleichen.unklarheiten.de/?p=vergleich&thema=B%C3%BCrgerversicherung




Zum Thema Verkehrspolitik wird im Rhein-Main-Gebiet viel über den **Fluglärm** diskutiert. Ich kann dies in neu betroffenen Gebieten wie z.B. Mainz-Bretzenheim verstehen, nicht jedoch z.B. in Flörsheim, Raunheim oder Kelsterbach, wo der Fluglärm auch vor dem Bau der neuen Landebahn nahezu unerträglich war – und auch nicht in Ingelheim, wo ich zwar deutlich den Lärm der Züge, der Autobahn und der Binger Straße höre, Fluglärm jedoch eine untergeordnete Rolle spielt. Für puren Populismus halte ich die neue Diskussion um Terminal 3. Den Lärm verursacht die neue Landebahn, die auch jetzt schon rege genutzt wird.

Dass es um die Zukunft der beiden **Flughäfen Hahn und Zweibrücken** sehr ruhig bleibt, mag mit Blick auf den Fluglärm konsequent sein. Mit ihrer Hilf- und Konzeptlosigkeit schaufelt sich die Landesregierung so aber ihre nächsten Millionengräber. Bei diesem Stichwort sei noch angemerkt, dass auf Landesebene keine politische Aufarbeitung der **Nürburgring-Affäre** stattfindet – oder sie ist nach innen und außen nicht erkennbar, obwohl die Kritik an den damals zuständigen Ministern absolut berechtigt ist, wie die Gerichte bestätigten.

Ein weiteres großes Problem habe ich mit dem Umgang der SPD mit anderen Parteien. Vor der Europawahl hatten wir für Martin Schulz als **Kommissionspräsidenten** gekämpft. Stattdessen wurde er nur, was er auch vorher schon war, obwohl es eine links-grüne Mehrheit im Europäischen Parlament gibt. Mir ist klar, dass das EP nicht den Kommissionpräsidenten wählt, man hätte die Mehrheit aber nutzen können, um sich nicht derart über den Tisch ziehen zu lassen. Generell kann ich die Ablehnung der Linken als Partner oder **Koalitionspartner** nicht nachvollziehen, vor allem nicht die gleichzeitige Anbieterung an die Unionsparteien. Die programmatischen Übereinstimmungen von SPD und Linken sind größer als von SPD und CDU/CSU. Im Bundestag gäbe es ebenso wie im Europäischen Parlament eine Mehrheit jenseits der Union.

Insgesamt lässt die große Koalition lässt die **Innovationskraft** versiegen, die ich der SPD einst zugeschrieben hatte. Leider fehlt mir diese auch auf anderen Ebenen, ebenso wie ein glaubwürdiger Mut zur Veränderung. Warum z.B. traut sich die rheinland-pfälzische SPD nicht, die flächendeckende **Gemeinschaftsschule** zu fordern? Warum gibt es noch keine Modellprojekte zu kostenlosem **Nahverkehr**, wie er im estnischen Tallinn Realität ist? Warum konnte in Ingelheim weder bei der Planung der Kulturhalle, noch bei der Planung der Mediathek der **Neubau eines Kinos** berücksichtigt werden? Viel zu oft hört man nur „Das geht nicht.“, „Das ist nicht finanzierbar.“ oder am schlimmsten „Das ist längst anders beschlossen.“ – ohne dass es vorher richtig diskutiert wurde.

Hinzu kommt ein **Kommunikationsproblem** der SPD, das scheinbar sogar gewollt ist. Ein Beispiel ist, dass die eigentlich monatliche erscheinende Mitgliederzeitung **Vorwärts** weder im Juni, noch im Juli erschienen ist, obwohl es genügend Themen gegeben hätte, über die man hätte informieren müssen. Meine mehrfache Nachfrage bei der Vorwärts-Redaktion lieferte zwar das nächste Erscheinungsdatum, aber keine Begründung für die Pause.



Das interne Kommunikationsproblem setzt sich nach außen fort. Im Europawahlkampf gab es an den Ingelheimer SPD-Infoständen **kein Wahlprogramm für Europa**. Mir ist auch klar, dass das komplette Programm nur von wenigen gelesen werden und sich eine große Auflage nicht lohnen würde, ohne ein Programm anzutreten, bedeutet aber, sich vor den Wählern zu verstecken. So war es auch vor Ort: Jahrelang gab es keine Homepage der SPD Mainz-Bingen, auf der man sich hätte informieren können – und jetzt, wo es wieder eine gibt, hat unser MdB **Michael Hartmann** keine mehr. Gerade von ihm hätte ich mir eine eigene Stellungnahme gewünscht, nicht aus der Presse, in der er seinen Drogenkonsum erst dementiert⁷ und dann doch zugegeben hat, sondern etwa auf seiner Homepage. Mit seinem Fall geht für mich eine persönliche Enttäuschung einher, die auch zu meinem Austritt beiträgt und dazu, dass die SPD in Mainz-Bingen ihre Glaubwürdigkeit in der **Drogenpolitik** verspielt hat. Michael Hartmann sich gegen eine Legalisierung sog. weicher Drogen ausgesprochen (was ich begrüße), dann aber selbst eine harte Droge konsumiert. Gerade für einen Innenpolitiker halte ich das für keinen „Ausrutscher“, sondern für einen unverzeihlichen Fehler. Bei aller Sympathie, auch wenn ich viel von ihm gehalten habe und es mir menschlich für ihn leid tut, halte ich ihn in keinem seiner Ämter und Mandate mehr für tragbar.

Bei der Ingelheimer SPD kann ich mich mit inhaltlicher Kritik zurückhalten. Natürlich gibt es Kleinigkeiten, die ich gerne anders hätte, aber im Großen und Ganzen stimmt die Richtung. Seit der „kleine Diktator“ nicht mehr Vorsitzender ist, hat sich auch die **Transparenz im Ortsverein** von Beschlüssen und deren Zustandekommen verbessert (auch wenn seine Diktatur des Ortsvereins m.E. nach wie nicht aufgearbeitet wurde), allerdings fehlt mir diese Transparenz noch bei unserem OB. Ich empfinde ihn oft eher als verschlossen und ein Stück weit überheblich und würde mir ein offensiveres Auftreten wünschen.

Natürlich kann ich nicht erwarten, dass meine Positionen in allen Punkten mit dem Programm und Handeln einer Partei übereinstimmen. Es sind aber einfach zu viele zu wichtige Themen, die mich an der Politik der SPD zu massiv stören, um dieser Partei treu zu bleiben. Ich hoffe, die SPD findet irgendwann zurück auf den Pfad der Sozialdemokratie und zu einer transparenten, offenen und ehrlichen Politik. Ich bin nach über 15 Jahren in der Partei vom politischen Tagesgeschäft desillusioniert genug, um an solche Wunder nicht mehr zu glauben.

Mit freundlichen Grüßen

Ingo Ostwald

⁷ <http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Politik/d/5035240/spd-politiker-michael-hartmann-dementiert-drogenbeichte.html>